Diplomdemokratie

Bildungseliten dominieren die Parlamente in Europa. Ein Problem für die Demokratie.

Viele westeuropäische Länder feiern derzeit (oder demnächst) den 100. Jahrestag des universellen Wahlrechts für Männer. Die Niederlande führten das universelle Wahlrecht für Männer 1917 ein, Großbritannien und Belgien 1918. Deutschland führte es 1919 für beide Geschlechter ein. Von dem Moment an hingen Stimmrecht und Kandidatur nicht mehr von Vermögen, sozialem Status oder Bildungsstand ab. Alle Bürger oder Bürgerinnen konnten unabhängig von ihrer Bildung oder ihrem Berufsstand Parlamentsabgeordnete, Stadträte oder Minister werden.

Allerdings gibt es nur wenig Grund zum Feiern. Tatsächlich steht die gegenwärtige politische Praxis im diametralen Gegensatz zu diesem konstitutionellen Ideal. Die Parlamente in Europa sind derzeit die Domäne einer ausgewählten Gruppe gut gebildeter Bürger. Von den im März dieses Jahres ins niederländische Parlament gewählten Abgeordneten haben 90 Prozent eine Hochschule oder Universität besucht. Auch von den Mitgliedern des im Juni gewählten britischen Unterhauses waren 87 Prozent auf der Universität und 10 absolvierten sogar postgraduale Studien. Im neuen im September gewählten Deutschen Bundestag ist der Anteil der Postgraduierten noch höher: Von den 709 Abgeordneten haben 130 promoviert oder gar habilitiert. Es gibt kaum Abgeordnete, die lediglich einen Primar- oder Sekundarschulabschluss vorweisen können.

Die Parlamente in Europa sind derzeit die Domäne einer ausgewählten Gruppe gut gebildeter Bürger.

Aus den meisten ausgereiften westeuropäischen Demokratien sind Diplomdemokratien geworden – sie werden von Hochqualifizierten regiert. Universitätsabsolventen sind nicht nur in den Parlamenten oder Kabinetten, sondern auf allen politischen Bühnen überrepräsentiert: in politischen Parteien, organisierten Interessenverbänden, in Beratergremien und bei Internetkonsultationen. Aristokratie, die Herrschaft des Adels, und Plutokratie, die Herrschaft des Geldes, wurden jetzt von der

Meritokratie, der Herrschaft der Gebildeten, abgelöst.

Fast 90 Prozent der Parlamentsabgeordneten in Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien verfügen über eine Tertiärbildung. Das ist der höchste Prozentsatz seit der Einführung des universellen Wahlrechts zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Im Verlauf des letzten Jahrhunderts sind die Abgeordneten mit niedrigen oder mittleren Bildungsabschlüssen aus den Parlamenten, den Kabinetten und von vielen anderen politischen Plattformen verschwunden, obwohl diese Gruppen in den meisten Ländern die große Mehrheit – in den meisten Ländern bis zu 70 Prozent – der Wählerschaft ausmachen.

In den meisten Ländern weist der Anteil der Universitätsabsolventen unter den Parlamentsabgeordneten über die Jahre eine u-förmige Kurve auf. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als das Wahlrecht noch sehr eingeschränkt war, war dieser Anteil sehr hoch. Dank der Erweiterung des Wahlrechts und des Aufstiegs von sozialistischen, kommunistischen und christlich-demokratischen Parteien gelangten zu Beginn des 20. Jahrhunderts allmählich auch weniger gebildete Gesellschaftsgruppen in die verschiedenen Parlamente. Im Verlauf der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ging der Anteil der Abgeordneten mit Universitätsabschluss in den meisten Ländern beträchtlich zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm die Zahl der Parlamentsabgeordneten mit höheren Bildungsabschlüssen wieder zu, zuerst langsam, stieg dann aber seit den 1970er-Jahren stärker an. Beispielsweise lag der Anteil der Akademiker unter den Abgeordneten der britischen Labour Party vor dem Zweiten Weltkrieg bei unter 20 Prozent. Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg dieser Anteil kontinuierlich an und erreichte 2017 mit 88 Prozent ein Allzeithoch.

Auch bei allen anderen Formen politischer Partizipation sind in Abhängigkeit vom Bildungsstand große Unterschiede zu verzeichnen.

Auch bei allen anderen Formen politischer Partizipation, wie bei der Wahlbeteiligung, dem Unterschreiben von Petitionen, der Teilnahme an Boykotts, politischen Diskussionen und Internetkonsultationen oder der Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Organisationen, sind in Abhängigkeit vom Bildungsstand große Unterschiede zu verzeichnen. Bildung ist jedoch keine politisch neutrale Variable. Die gut und die weniger gut Gebildeten leben in verschiedenen sozialen Welten und verkehren kaum miteinander.

Universitätsabsolventen sehen öffentlich-rechtliche Fernsehprogramme und lesen Qualitätszeitungen. Sie wohnen in Universitätsstädten – in den grünen Vororten der Vorkriegszeit oder in den gentrifizierten innerstädtischen Vierteln wie Prenzlauer Berg in Berlin, De Pijp in Amsterdam oder Notting Hill in London.

Diejenigen, deren Schulbildung nach der Mittelstufe oder Berufsgrundausbildung endete, sehen öfter die Programme des Privatfernsehens und lesen Boulevardblätter. Sie leben in ehemaligen Industriegebieten und Industriestädten, in den Satellitenstädten der Nachkriegszeit wie Marzahn in Berlin, Lelystad in den Niederlanden oder Slough in England oder in den im 20. Jahrhundert entstandenen Außenbezirken der Großstädte. Die Bildungsgruppen unterscheiden sich in ihrem Gesundheitszustand, in ihrer Lebenserwartung, beim Vermögen und Einkommen. Sie haben unterschiedliche Interessen, Vorlieben und Ansichten zu wichtigen politischen Fragen. Warum sorgen wir uns also nur über eine ungleichgewichtige Volksvertretung in Bezug auf Ethnie und Geschlecht, aber nicht hinsichtlich Bildungsstand?

Zunächst einmal stellt das völlige Fehlen der Mehrheit der Bevölkerung, die einen niedrigen und mittleren Bildungsstand hat, in vielen politischen Plattformen ein ernsthaftes Demokratiedefizit dar. Aus immer mehr Studien geht hervor, dass große Teile der Wählerschaft nicht einverstanden sind mit der Überrepräsentation von Akademikern im Parlament. Viele Wähler wollen keine Abgeordneten mit universitärem Hintergrund. Stattdessen sollen die Volksvertreter „wie sie selbst“ sein, also aussehen, denselben Hintergrund oder dieselben Erfahrungen haben wie sie.

Warum sorgen wir uns nur über eine ungleichgewichtige Volksvertretung in Bezug auf Ethnie und Geschlecht, aber nicht hinsichtlich Bildungsstand?

Am wichtigsten ist aber, dass unterschiedliche Bildungsniveaus manchmal zu abweichenden politischen Einstellungen und Vorlieben führen können. Gut gebildete Bürger und Aktivisten haben Vertrauen in die Gesellschaft und die Politik. Sie glauben an die nationalen und europäischen politischen Institutionen und fühlen sich in den politischen Prozess einbezogen. Sie sehen die Zuwanderung und die europäische Integration nicht als Bedrohung, sondern als Chance. Weniger gut gebildete Bürger sind dagegen häufiger skeptisch gegenüber der EU und haben Angst vor Kriminalität und Immigration. Sie legen ein höheres Maß an sozialem Misstrauen und politischem Zynismus an den Tag. Zudem

haben sie das Gefühl, dass die Politiker ihnen nicht zuhören und dass die gegenwärtige Politik die Meinungen der gewöhnlichen Leute ignoriert.

Angesichts der Zusammensetzung der heutigen politischen Parteien, Parlamente und Kabinette braucht man sich über diese Gefühle des Misstrauens und der Entfremdung nicht zu wundern. Da die höher Gebildeten unter den politisch Aktiven und Politikern überrepräsentiert sind, ist auch die politische Agenda in Bezug auf einige wichtige politische Fragen unserer Zeit häufig einseitig auf deren Prioritäten und Vorlieben ausgerichtet.

Diplomdemokratie ist eine unzulängliche Form der Demokratie, da sie letztlich einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung von einer sinnvollen politischen Teilhabe ausschließt. Menschen mit niedrigen oder mittleren Bildungsabschlüssen machen derzeit die große Mehrheit der Bevölkerung aus und dennoch sind sie im Parlament und in anderen politischen Plattformen stark unterrepräsentiert. Die Situation unterscheidet sich nicht sonderlich von der im späten 19. Jahrhundert, als formale Bildungsabschlüsse manchmal darüber entschieden, ob man wahlberechtigt war oder nicht. Fast ein Jahrhundert nach Einführung des universellen Wahlrechts sind einige fortschrittliche westliche Demokratien sozusagen wieder am Ausgangspunkt angelangt.

Dieser Artikel erschien ursprünglich auf Englisch im LSE EUROPP Blog.



Mark Bovens

Mark Bovens ist Professor für Öffentliche Verwaltung an der Universität Utrecht. Seine Forschung befasst sich hauptsächlich mit den Themen Rechenschaftspflicht, Demokratie, und Bildungslücken in der Gesellschaft.



Anchrit Wille

Anchrit Wille ist Professorin an der an der Fakultät für Governance und Global Affairs der Universität Leiden.
Sie verfasste mehrere Bücher und Artikel zu den Themen Führungspolitik, politisch-administrative Beziehungen, Rechenschaftspflicht, Demokratie, Partizipation und Ungleichheit.